



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 482 / 2012

Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2012

Aktuelle Stunde

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## Wolfgang Kubicki: Finden Sie endlich eine dauerhafte Lösung!

Zur Aktuellen Stunde zur „Provinzial-Versicherung“ erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Es ist schon höchst überraschend, welche Töne hier in der heutigen Debatte zum Teil angeschlagen werden. Aktuelle Fraktionsvorsitzende, die mit ihren in der Vergangenheit liegenden Entscheidungen im Aufsichtsrat der HSH Nordbank maßgeblich für die heutige missliche Lage der Bank verantwortlich sind, erteilen Ratschläge und spielen sich als Retter auf.

Die Klumpenrisiken, die die HSH Nordbank bis heute belasten, stammen von abgeschlossenen Geschäften zwischen 2006 und 2008. In dieser Zeit saßen Sie im Aufsichtsrat, Herr Dr. Stegner! Die aus den Risiken vorgenommenen Wertberichtigungen belasten die Sparkassen so sehr, dass Sie gezwungen sind, ihre Kapitalbasis zu stärken, ohne jedoch durch Kreditrestriktionen den Mittelstand und das Handwerk zu belasten.

Es hätte sehr geholfen, wenn heute von einigen statt moralischer Appelle und Warnungen ein sachlicher Ton angeschlagen worden wäre. Ich kann der Landesregierung nur eines raten: Deeskalieren Sie in der Frage der Provinzial. Niemand stellt in Frage, dass es Sinn macht, die Provinzial zu erhalten.

Doch machen wir uns nichts vor: Eine Fusion bietet keine vernünftige Alternative. Wenn, dann müsste sie derart gestaltet werden, dass die Nachbesserungsklausel im Fusionsvertrag enthalten ist. Zum anderen ist die Situation in Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter als die der Provinzial im Norden. Wie sollten nicht glauben, dass die NRW-Provinzial nicht alles versuchen würde, ihren Vorteil aus einer Fusion zu ziehen.

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass wir nicht über den Tisch gezogen werden. Wir werden als Opposition sorgsam darauf achten und die Landesregierung im Sinne der Sache unterstützen.

Die Sparkassenfamilie ist höchst verunsichert und befürchtet, dass Sie durch die Entwicklungen bei der HSH Nordbank und durch die verstärkten Eigenkapitalanforderungen durch Basel III zukünftig ihrer gesetzlichen Aufgabe, *der angemessenen und ausreichenden Versorgung aller Bevölkerungskreise und ins-*

*besondere der mittelständischen Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche', nicht mehr gerecht werden kann.*

Die Vorgängerregierung hat unter dem lauten und sinnlosen Protest der damaligen Opposition Instrumente in das Sparkassengesetz implementiert, die es zulassen, dass die Sparkassen die Herausforderungen der nächsten Jahre meistern können. Dass nun einige in der Koalition dieses Gesetz zurückdrehen möchten, löst bei vielen Sparkassen im Land zu Recht Irritationen aus. Wie soll eine Sparkasse ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und zugleich ein regionaler Partner sein, wenn sie nicht weiß, wie sie unter den neuen Herausforderungen neues Eigenkapital generieren soll?

Es wäre deshalb dringend notwendig, wenn es vom Innenminister selbst oder vom Ministerpräsidenten ein Signal geben würde, dass auch künftig an der Möglichkeit der Bildung von zusätzlichem Stammkapital festgehalten wird.

Geben Sie den Sparkassen im Land das Signal, dass Sie das Sparkassengesetz nicht zurückdrehen werden. Schalten Sie sich konstruktiv in die Gespräche um die weitere Zukunft der Provinzial ein, und finden Sie endlich eine dauerhafte Lösung für die HSH Nordbank! Deeskalieren Sie und suchen Sie nach pragmatischen Lösungen!“